Mitteilung

der Landesregierung

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und
Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg
– Beitrag Nr. 26: Zusammenarbeit zwischen der Universi-
tät Stuttgart und dem Forschungsinstitut
für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmoto-
ren Stuttgart**

Landtagsbeschluss

Der Landtag hat am 20. Juni 2013 folgenden Beschluss gefasst (Drucksache 15/2526 Abschnitt II):

Die Landesregierung zu ersuchen,

- 1. auf die Universität Stuttgart mit dem Ziel einzuwirken,*
 - a) den aktuellen Stand der Forderung der Universität Stuttgart gegen die Stiftung Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) zu korrigieren und den künftigen Zinszahlungen der Stiftung die jeweils zutreffende Höhe der Forderung zugrunde zu legen;*
 - b) mit der Stiftung FKFS eine novellierte Vereinbarung über die Finanzbeziehungen auszuhandeln, in der der aktuelle Forderungsbestand realitätsnah festgestellt und der künftige Leistungsaustausch praktikabel pauschaliert wird;*
- 2. für die im Jahr 2003 fertiggestellten Teile des Institutsgebäudes, soweit sie von der Stiftung FKFS genutzt werden, eine angemessene Miete zu erheben;*
- 3. dem Landtag bis 30. Juni 2013 über das Veranlasste zu berichten.*

Bericht

Mit Schreiben vom 24. Juni 2013, Az.: I-0451.1, berichtet das Staatsministerium wie folgt:

Zu Ziffer 1. a):

Die Vereinbarung über den Betrieb und die Benutzung der Windkanalanlage der Universität Stuttgart von 1984 wurde durch den Nachtrag vom 22. November 1999 ergänzt, sodass die Einnahmeüberschüsse des Windkanals ab dem 1. November 1999 verzinst werden müssen. Die Universität Stuttgart und die Stiftung FKFS haben nun die jeweiligen Forderungen und Verbindlichkeiten seit 1999 überprüft und nochmals berechnet. Ein endgültiges Ergebnis kann erst nach dem Vorliegen und der endgültigen Genehmigung der jeweiligen Jahresabschlüsse der Universität Stuttgart und der Stiftung FKFS (u. a. 2012) gezogen werden. Die künftigen Modalitäten sollen, wie vom Rechnungshof gefordert, in einer novellierten Vereinbarung über die Finanzierungsbeziehungen der Universität Stuttgart und der Stiftung FKFS geregelt werden.

Zu Ziffer 1. b):

Das Wissenschaftsministerium begrüßt es, dass die Finanzbeziehungen zwischen der Universität Stuttgart und der Stiftung FKFS durch eine novellierte Vereinbarung transparenter und einfacher gestaltet werden sollen. Hierzu hat die Universität Stuttgart bereits einen Entwurf für einen ersten Nachtrag zu der Kooperationsvereinbarung vom 1. Oktober 1985 (nicht zu verwechseln mit der unter Ziffer 1. Buchstabe a erwähnten Vereinbarung über den Betrieb und die Benutzung der Windkanalanlagen) zwischen der Universität Stuttgart und der Stiftung FKFS vorgelegt. Diese novellierte Vereinbarung muss noch von den einzelnen Gremien der Universität und der Stiftung FKFS genehmigt werden. Auch das Wissenschaftsministerium sowie der Rechnungshof werden die neue Vereinbarung überprüfen.

Zu Ziffer 2.:

Eine angemessene Miete für die im Jahr 2003 fertiggestellten Teile des Institutsgebäudes, soweit sie von der Stiftung FKFS genutzt werden, wird durch Anpassung der Überlassungsvereinbarung geregelt werden. Hierzu laufen derzeit die Vorbereitungen unter Beteiligung des Landesbetriebs Vermögen und Bau Baden-Württemberg.

Die Landesregierung wird dem Landtag abschließend berichten, sobald die Beteiligten verbindliche Regelungen getroffen haben.